

N i e d e r s c h r i f t N r. 14

HFA/014/2006

**über die öffentliche Sitzung des Haupt- und
Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 21. März 2006**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen - und wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder SPD Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Raphael Bögge	CDU	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisel	CDU	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Günter Thum	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied
Herr Anton van Wanrooy	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied anwesend bis 19:45 Uhr (TOP 5)

HFA/014/2006 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.
März 2006

beratende Mitglieder:

Herr Ulrich Beckmann	fraktionslos	Ratsmitglied anwesend bis 19:55 Uhr (TOP 9)
----------------------	--------------	---

Vertreter:

Herr Frank Hemelt	SPD	Vertretung für Frau Ellen Knoop
Herr Udo Mollen	SPD	Vertretung für Herrn Karl-Heinz Brauer
Frau Theresia Overesch	CDU	Vertretung für Herrn Wilp ab 19:45 Uhr (TOP 6)

Gäste:

Herr Baumeister (Bremen)	(zu TOP 10)
--------------------------	-------------

Verwaltung:

Herr Dr. Ernst Kratzsch	Erster Beigeordneter
Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete
Herr Werner Lütke-meier	Stadtkämmerer
Herr Bernd Weber	Pressesprecher
Herr Karl Schirdewahn	FBL „Technische Betriebe“
Herr Theo Deluweit	PV Sportservice
Herr Klaus Dykstra	PV Kulturservice
Herr Theo Elfert	Schriftführer

Enschuldigt fehlten:

Mitglieder:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Frau Ellen Knoop	SPD	Ratsmitglied

HFA/014/2006 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.
März 2006

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Dr. Kordfelder bezieht sich auf die Tagesordnung und erklärt, dass es unter TOP 17 nicht „Beratungen“, sondern „Betrachtung“ ÖPNV heißen müsse. Ferner schlägt sie vor, den TOP 4 „Nutzungskonzept Volksbankimmobilie“ von der Tagesordnung abzusetzen. Stattdessen würde unter TOP 12 im nichtöffentlichen Teil der Sitzung eine mündliche Information zu diesem Thema gegeben. Des Weiteren verweist sie auf einen Antrag der CDU-Fraktion, den TOP 15 „Ergebnisse der Beratungen der Strategie- und Finanzkommission“ im öffentlichen Teil unter TOP 4 zu behandeln, wobei sie darum bittet, die Angelegenheiten, die sich auf die Stadtwerke und ihre Gesellschaften beziehen würden, ggf. nichtöffentlich zu behandeln. Dieses habe auch zur Folge, dass die Anlagen zur Vorlage Nr. 120/06 nichtöffentlich blieben.

Einstimmig folgt der Haupt- und Finanzausschuss den vg. Änderungsvorschlägen.

Öffentlicher Teil:

Tonbandfundstelle: I/A/0325

**1. Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung am
 07. März 2006**

Herr Niehues bezieht sich auf TOP 3 b – Sachstandsbericht „Externe Stellenausschreibung VHS-Leitung“ und erklärt, dass sich seine zustimmende Kenntnisnahme einzig und allein auf die Änderung des Aufgabenschwerpunktes, und zwar von dem Bereich Sprachen zum Bereich Organisation, bezogen habe. Er habe in der Sitzung noch den Einwand gemacht, dass sich alle Mitarbeiter(innen) der Verwaltung auch auf eine externe Stellenausschreibung bewerben könnten. Er wolle diese Änderung zur o. g. Niederschrift anmerken, weil er später nicht für eine beschränkte Ausschreibung verantwortlich gemacht werden wolle.

Herr Holtel bezieht sich auf einen Antrag der FDP-Fraktion zu den Personalkosten, der in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses von Herrn Willems eingereicht worden sei. Dieser Antrag sei in der Niederschrift nicht erwähnt worden.

Frau Dr. Kordfelder antwortet, dass Herr Willems ihr den Antrag persönlich ausgehändigt habe und dieser sich schon in Bearbeitung befinde.

Weitere Änderungs- und Ergänzungsvorschläge werden zur o. g. Niederschrift nicht vorgetragen.

HFA/014/2006 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.
März 2006

Tonbandfundstelle: I/A/0550**2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 07. März 2006 gefassten Beschlüsse**

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

Tonbandfundstelle: I/A/0580**3. Informationen****3. a) Antrag der Euregio-Gesamtschule Rheine zum Sporthallenneubau**

Frau Dr. Kordfelder verweist auf die als **Anlage 1** dieser Niederschrift beigefügte Eingabe der Euregio Gesamtschule Rheine vom 20. März 2006 zum Sporthallenneubau. Sie erklärt, dass diese Eingabe sowohl im Rahmen der integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung der Stadt Rheine sowie im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Berücksichtigung finden werde.

Tonbandfundstelle: I/A/0720**4. Ergebnisse der Beratungen der Strategie- und Finanzkommission
Vorlage: 120/06**

Frau Dr. Kordfelder gibt den als **Anlage 2** dieser Niederschrift beigefügten Bericht ab.

Herr Niehues trägt für die CDU-Fraktion die als **Anlage 3** dieser Niederschrift beigefügten Erläuterungen vor und stellt dazu die in der **Anlage 4** aufgeführten Anträge.

Für Herrn Thum sind die Anträge der CDU-Fraktion reiner Populismus, denn die CDU-Fraktion verlasse damit das seit vielen Jahren praktizierte Verfahren, indem sie 2 Wochen vor Einbringung des Haushaltsplanes Anträge stelle, obwohl Ziffer 2 des Beschlussvorschlages der Verwaltung eine Beratung der Ergebnisse aus der Strategie- und Finanzkommission im Rahmen der Haushaltsplanberatungen in den Ausschüssen vorsehe. Er habe die Ergebnisse aus den 5 Sitzungen der Kommission immer als von allen Fraktionen gemeinsam getragen angesehen. Es wäre besser gewesen, zunächst die Vorschläge der Verwaltung im Rahmen der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes sowie die Beratung der Fachausschüsse zum Haushaltsplanentwurf abzuwarten, statt zum jetzigen Zeitpunkt diesen Antrag zu stellen.

Die SPD-Fraktion werde jedenfalls in der heutigen Sitzung dem Antrag der CDU-Fraktion nicht zustimmen.

Herr Ortel unterstützt die Ausführungen von Herrn Thum, obgleich die Aussagen von Herrn Niehues nicht in allen Punkten falsch seien. Er teile z. B. seine Kritik

HFA/014/2006 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.
März 2006

an der Vorlage, die keine konkreten Vorschläge zur Umsetzung der Ergebnisse aus der Kommission enthalte. Die Beschlussvorschläge von Herrn Niehues seien Provokationen für die Verwaltung, die im Hinblick auf ein konstruktives Miteinander in der heutigen Sitzung nicht beschlossen werden sollten.

Herr Holtel bewundert den Mut der CDU-Fraktion bezüglich des Antrages zur Einsparung von Personalkosten, zumal hier aus seiner Sicht Handlungsbedarf bestehe. Wenn nach wie vor die Auszubildenden übernommen werden sollten, müsse man die Möglichkeiten des Altersteilzeitgesetzes nutzen. Auch die Bewertung der verschiedenen Stellen müsste hinterfragt werden, denn er könne sich vorstellen, dass Mitarbeiter/innen mit einem Zeitvertrag froh wären, wenn sie mit einer niedrigeren Vergütungsgruppe eine Festanstellung bekämen. Ferner habe er für die Reaktionen der Verwaltung zu dem Vorschlag des Desk-Sharing bei Teilzeitkräften kein Verständnis, denn auch hier bestehe gewaltiges Einsparpotenzial. Gleiches gelte für den Betrieb der Musikschule, wo man durchaus Angebote privater Anbieter in Anspruch nehmen sollte.

Obwohl er nicht glaube, dass der Antrag der CDU-Fraktion so umsetzbar sei, werde er diesem zustimmen, damit man in der Sache endlich weiterkomme.

Herr Hemelt bezieht sich auf Pkt. 3 c des CDU-Antrages „Intensivierung Hilfeplanverfahren/Reduzierung Heimunterbringung, Ausbau der stationären Hilfe etc.“ und erklärt seine Verwunderung darüber, dass ein solcher Antrag von der CDU-Fraktion komme, die noch am 18. Mai 2003 im Jugendhilfeausschuss den Verwaltungsvorschlag auf Einrichtung von 2 zusätzlichen Stellen hierzu abgelehnt habe, obwohl die Fallzahlen nicht zurückgegangen, sondern gestiegen seien. Der durch den CDU-Antrag vermittelte Eindruck sei nicht gerechtfertigt und trage auch der CDU-Politik aus den letzten Jahren nicht Rechnung. Über dieses Thema sei jedenfalls in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23. d. M. zu sprechen.

Herr Wilp rechtfertigt den Antrag der CDU-Fraktion mit der fehlenden Strategie für den Umgang mit den Ergebnissen aus der Strategie- und Finanzkommission. Die CDU-Fraktion erwarte von der Verwaltung, dass sie jetzt zu den einzelnen Punkten die sich daraus ergebenden Konsequenzen aufzeigen werde, und zwar noch vor den Haushaltsplanberatungen, damit sich die Fraktionen damit intensiv auseinander setzen könnten.

Frau Dr. Kordfelder bedauert es, dass die CDU-Fraktion die gemeinsame Arbeit von 9 Monaten in der Strategie- und Finanzkommission so schlecht redet, zumal dieses nicht zutreffend sei. Herr Niehues habe von der Verwaltung Kommunikation eingefordert. Jeder wisse, dass Kommunikation keine Einbahnstraße sei; sie habe Herrn Niehues persönlich in allen Belangen Kommunikation angeboten, so dass er diese nur annehmen und abfordern müsse.

Ferner bedauert Frau Dr. Kordfelder, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag nicht schon in die Strategie- und Finanzkommission eingebracht habe. Sie kritisiert, dass der Antrag auf pauschale Streichung der Stellen gestellt werde, obwohl die CDU-Fraktion nicht wisse, wie viele Stellen hiervon betroffen seien. Auch der Antrag auf eine pauschale Kürzung der Personalkosten von jeweils 500.000,00 € in

HFA/014/2006 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.
März 2006

den Jahren 2006 und 2007 werde gestellt, ohne dass die Verwaltung die Möglichkeit gehabt habe, die sich daraus ergebenden Konsequenzen aufzuzeigen.

Frau Dr. Kordfelder glaubt nicht, dass es zu den kommunalpolitischen Gepflogenheiten gehöre, derart weitgehende Entscheidungen für die politische Arbeit unmittelbar in eine Sitzung einzubringen, ohne der Verwaltung vorher die Möglichkeit zu geben, nach intensiver interner Abstimmung hierzu Stellung nehmen zu können. Das Ganze gipfele darin, dass dieser Antrag auch noch 14 Tage vor der Einbringung des Haushaltsplanes gestellt werde, obwohl die Fraktionen eigentlich wissen müssten, dass der Grobentwurf des Haushaltsplanes in der Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt bereits stehe. Die CDU-Fraktion mute somit dem Kämmerer zu, die Auswirkungen aus ihrem jetzt vorgelegten Antrag noch so kurzfristig in den Haushaltsplanentwurf aufzunehmen. Es wäre besser gewesen, wenn die CDU-Fraktion einen gemeinsamen Weg gesucht hätte, damit die Unwägbarkeiten, die Folgen und Konsequenzen aus den beantragten Beschlüssen rechtzeitig hätten deutlich gemacht werden können.

Frau Dr. Kordfelder bittet abschließend die CDU-Fraktion, den Antrag als Arbeitsauftrag an die Verwaltung zu formulieren. Ansonsten werde sie ihre Zustimmung zu diesem Antrag nicht geben, weil dieser dann betriebsbedingte Kündigungen zur Folge haben könnte.

Herr Lütkemeier bezieht sich auf die Einleitung von Herrn Niehues, wonach die Fraktionen keine Grundinformationen zum Haushalt der Stadt vorliegen hätten und verweist hierzu auf die Anlage 4 der HFA-Niederschrift vom 22. November 2005 zu TOP 3 b „Mündlicher Bericht des Kämmerer zur allgemeinen Finanzwirtschaft – III. Quartal 2005“. Im Rahmen dieses Berichtes, der auch einen Blick in das Haushaltsjahr 2006 beinhalte, habe er nachweislich darauf hingewiesen, dass für das nächste Jahr keine wesentlichen Veränderungen zur bisher prognostizierten Höhe des strukturellen Defizits in Höhe von 10,4 Mio. € zu erwarten seien.

Darüber hinaus habe er bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die angespannte finanzielle Situation der Stadt Rheine hingewiesen. Auch im Rahmen von Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen der Ratsmitglieder zur Umstellung des Rechnungswesens habe er mehrfach deutlich gemacht, dass sich hierdurch die angespannte finanzielle Situation der Stadt Rheine nicht ändere. Vielmehr habe er darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Umstellung des Rechnungswesens bei der Ergebnisplanung und Ergebnisrechnung zusätzliche Größen zu schultern seien, die den vollständigen Ressourcenverbrauch insbesondere durch Abschreibungen und Rückstellungen deutlich machen würden. Daher werde das Defizit noch höher sein, als von ihm im November letzten Jahres prognostiziert.

Er sei von den pauschalen Vorwürfen der CDU-Fraktion umso mehr enttäuscht, als er noch in einer unlängst stattgefundenen Klausurtagung der CDU-Fraktion speziell zu dieser Thematik informiert habe und auch in diesem Zusammenhang den aktuellen Stand der finanziellen Situation der Stadt Rheine beispielsweise an den Ergebnissen der ersten Proberechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz deutlich gemacht habe.

HFA/014/2006 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.
März 2006

Die Behauptung, dass seitens der Verwaltung im Rahmen der Beschlussfassung zu Projekten und Maßnahmen (beispielsweise Emsanlegestellen) die Aussage gemacht worden sei, „alles sei finanziell darstellbar“, sei falsch. Er erinnert daran, dass in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses Maßnahmen beraten worden seien, die bisher nicht geplant gewesen seien. Seine Aussage habe sich auf eine Frage nach der haushaltsrechtlichen Zulässigkeit im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung bezogen.

Bezüglich des Antrages der CDU-Fraktion in den Jahren 2006 und 2007, jeweils 500.000,00 € an Personalkosten einzusparen, erinnert Herr Lütke-meier daran, dass die Verwaltung seit der Verhängung der Haushaltssperre im Jahre 2002 die Personalkosten personenscharf nach besetzten Stellen kalkuliere. Wenn also die Personalkosten weiterhin reduziert werden sollten, dann sei dieses nur umsetzbar, in dem künftig weitere frei werdende Stellen nicht wieder besetzt würden.

Bezüglich der am Verfahren in der Strategie- und Finanzkommission geäußerten Kritik merkt Herr Lütke-meier an, dass er aufgrund seiner Erfahrungen aus einer früheren vergleichbaren Kommission Probleme damit gehabt habe, die Arbeit in dieser neuen Kommission zu unterstützen. Nach der Aufgabenstellung und Zielsetzung der Strategie- und Finanzkommission habe er sich generell mehr versprochen als das, was allen HFA-Mitgliedern in der heutigen Vorlage vorliege. Wenn er jetzt den Antrag der CDU-Fraktion sehe, dann stelle sich für ihn die Frage, warum diese Anträge nicht schon in der Kommission gestellt und dort beraten worden seien.

Ferner weist Herr Lütke-meier darauf hin, dass in der letzten Sitzung der Strategie- und Finanzkommission das weitere Verfahren festgelegt worden sei. Hierzu verweist er auf die erstellte Niederschrift, in der es heiße, dass die Ergebnisse der Arbeit aus der Strategie- und Finanzkommission für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 21. März 2006 so aufbereitet werden sollten, dass die relevanten Punkte ggf. noch rechtzeitig in die Haushaltsberatungen einbezogen werden könnten. Nach Verabschiedung des Haushaltes 2006 solle die Arbeit der Strategie- und Finanzkommission weiter fortgesetzt werden.

In einem Nachsatz habe Herr Niehues darauf hingewiesen, dass die in der Strategie- und Finanzkommission aufgrund des GPA-Berichtes erörterten Einsparmöglichkeiten nicht als abschließend angesehen werden dürften; vielmehr müssten im Wege der bevorstehenden Haushaltsplanberatungen auch darüber hinausgehende Einsparmöglichkeiten aufgezeigt und ggf. politisch erörtert werden. Dieses könne aber nicht vorweg durch die Verwaltung erfolgen, sondern nur im Rahmen der Fachausschussberatungen. Aus diesem Grunde habe die Verwaltung dem Haupt- und Finanzausschuss auch die Ergebnisse aus der Kommission vorgelegt mit dem Beschlussvorschlag unter Ziffer 2 zu dem weiteren Verfahren.

Was das Ergebnis der Gemeindeprüfungsanstalt zu den Bädern angehe, sei in der Kommission u. a. von Herrn Dr. Schulte-de Groot mehrfach darauf hingewiesen worden, dass dem falsche Annahmen zugrunde gelegen hätten. Trotz dieser Kenntnis, hier ein erhebliches Einsparpotenzial zu vermuten, ohne dabei ein Bad schließen zu wollen, verkenne die Wirklichkeit.

Auch der Antrag zu Einsparmöglichkeiten im Bereich der Unterhaltungsmaßnahmen im Hoch- und Tiefbau, die von der GPA mit 1 Mio. € für möglich gehalten

HFA/014/2006 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.
März 2006

würden, stünde im Widerspruch zu der kürzlich vom Bauausschuss beschlossenen Mittelbereitstellung über 955.000,00 € für Heizungserneuerungsmaßnahmen. Für ihn stelle sich die Frage, warum die CDU-Fraktion nicht schon im Bau- und Betriebsausschuss zu diesem Punkt aktiv geworden sei.

Herr Ortel stellt fest, dass die Verwaltung schon eine Stellungnahme zu den einzelnen Ergebnissen aus der Strategie- und Finanzkommission schuldig sei, aber erst zu den Haushaltsplanberatungen. Dieses sei seines Erachtens jedoch kein Grund, ohne Kenntnis näherer Fakten einen Antrag zu stellen, wie die CDU-Fraktion es in der heutigen Sitzung getan habe. Ergebnis dieses Antrages werde sein, dass die CDU in dem einen oder anderen Punkt gewaltig „zurückrudern“ müsse.

Herr Thum sieht in dem Antrag der CDU-Fraktion das Verlassen einer gemeinsam eingeschlagenen Linie. Die Anträge zu 3 a und 3 b seien aus seiner Sicht unseriös, weil die daraus resultierenden Auswirkungen unbekannt seien.

Herr Niehues weist darauf hin, dass er in der gestrigen Fraktionsvorsitzendenbesprechung erklärt habe, dass die CDU-Fraktion in der heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu diesem Tagesordnungspunkt Anträge stellen werde.

Herr Thum wirft ein, dass nicht von Anträgen, sondern von Hinweisen die Rede gewesen sei, was von Herrn Niehues allerdings bestritten wird.

Herr Niehues fährt fort, er habe diese Anträge in der heutigen Sitzung gestellt, damit die Verwaltung bis zu den Haushaltsplanberatungen hierzu Stellung beziehen könne, was sie bis zur heutigen Sitzung leider nicht getan habe. Auch habe er von der SPD-Fraktion und von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Bewertung zu den Ergebnissen des GPA-Berichtes und der Kommissionsberatungen erwartet und sei insofern von den heutigen Stellungnahmen enttäuscht, zumal die Haushaltsplanberatungen in den Fraktionen auch vorbereitet werden müssten, wie z. B. zu den Punkten 3 b bis 3 f des Antrages der CDU-Fraktion. Es wäre zu spät gewesen, wenn diese Anträge im Rahmen der Haushaltsplanberatungen in den Fachausschüssen gestellt worden wären, wenn man sie in diesem Jahr noch umsetzen wolle. Bei dem Antrag zu Punkt 3 a handele es sich um einen vorbeugenden Antrag, damit keine Stellen verloren gingen, und bei den Anträgen zu den Punkten 3 b bis 3 f um Arbeitsaufträge an die Verwaltung.

Frau Dr. Kordfelder weist die Kritik an die Vorlage zurück, denn die Verwaltung habe damit nur der Abschlussempfehlung der Strategie- und Finanzkommission Folge geleistet. Auch über die Umsetzung der Ergebnisse aus der Kommission habe in der Kommission Einvernehmen bestanden, in dem diese den Fachausschüssen zu den Haushaltsplanberatungen zur Umsetzung vorzulegen seien. Dieser Wille entspreche dem Punkt 2 des Beschlussvorschlages der Verwaltung. Mit dem Antrag der CDU-Fraktion zu Punkt 2 werde den Fachausschüssen die Autonomie entzogen, denn, wenn die Fachausschüsse zu einem anderen Ergebnis kämen, wie die Kommission, dann solle der HFA entscheiden.

HFA/014/2006 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.
März 2006

Nach der anschließenden kontroversen Diskussion über die Bedeutung und Folgen des CDU-Antrages, an der sich Herr Dr. Kratzsch, Frau Ehrenberg, Herr Ortel, Herr Bögge, Herr Wilp, Herr Mollen, Herr Holtel und Frau Helmes beteiligen, stimmt der Haupt- und Finanzausschuss dem Vorschlag von Frau Dr. Kordfelder zur Einzelabstimmung über die verschiedenen Punkte des Änderungsantrages der CDU-Fraktion zu.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst daraufhin folgende Beschlüsse:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ergebnisse der Beratungen der Strategie- und Finanzkommission zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Die Fachausschüsse haben den Auftrag, die für ihren jeweiligen Bereich vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen und offenen Fragestellungen zu beraten und umzusetzen. Bei abweichenden Voten und ggf. neuer Sachlage ist der aktuelle Sachverhalt dem HFA zur endgültigen Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen

3. Als Konsequenz aus den Anregungen der Gemeindeprüfungsanstalt und der augenblicklichen Finanzlage der Stadt Rheine werden folgende Grundsatzbeschlüsse gefasst:

- a) Der Stellenplan (Beamte/Angestellte/Arbeiter) für das Jahr 2006 ist um jene Stellen zu kürzen, die länger als 9 Monate nicht besetzt worden sind. Ausgenommen von diesem Beschluss sind jene Stellen, für die es zum Beispiel über die sog. Mutterschutzregelung gesetzliche Vorgaben zum Freihalten dieser Stellen gibt. Der Beschluss wird mit sofortiger Wirkung gefasst. Soweit in Einzelfällen eine Wiederbesetzung beabsichtigt bzw. notwendig ist, ist durch die Verwaltung mit entsprechender Begründung ein neuer Antrag zu stellen. Die Verwaltung wird aufgefordert, als **Anlage (5)** zum Protokoll eine Aufstellung über alle unbesetzten Stellen – gegliedert nach Fachbereichen und Gehaltsgruppierungen – anzufertigen. Dabei sind jene Stellen deutlich zu machen, die von der heute angesprochenen Streichung betroffen sind.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen

HFA/014/2006 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.
März 2006

-
- b) (GPA-Liste, Punkte 8 – Reduzierung der Personalausgaben, 9 - Reduzierung der Büroarbeitsplätze und 17 – Erneuerung der Stellenbewertungen)

Im Bereich der mit den Personalkosten verbundenen Aufwendungen wird die Verwaltung aufgefordert, beginnend mit dem Haushaltsplan 2006 und für das Folgejahr 2007, Einsparungsvorschläge über jeweils 500.000,00 € zu unterbreiten.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen

- c) (GPA-Liste Punkte 24 – 29 – Intensivierung Hilfeplanverfahren/Reduzierung Heimunterbringung, Ausbau der stationären Hilfen etc.)

Das von der Fachverwaltung erarbeitete erste Konzept zur Kostenreduzierung (Vorlage JHA 23. März 2006) ist im Sinne der dortigen Fachberatung weiter zu komplettieren. Ziel muss es sein, die von der Verwaltung anvisierten Kosteneinsparungen zu realisieren, bei angemessener Begleitung der betroffenen Kinder und Familien. Nach der Fachdiskussion ist das Ergebnis dem HFA – rechtzeitig zu den Haushaltsplanberatungen – vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
3 Stimmenthaltungen

- d) (GPA-Liste Punkt 46 – Unterhaltsmaßnahmen Hoch- und Tiefbau und Punkt 49 – Unterhaltungsmaßnahmen Grünanlagen)

Die Verwaltung wird aufgefordert, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen des Fachausschusses, aber auch des HFA, zu den Optimierungsvorschlägen und Kosteneinsparungen der GPA Stellung zu beziehen.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

- e) (GPA-Liste Punkt 53 – Konzept Musikschule)

Die Verwaltung wird aufgefordert, nach der nunmehr geplanten Zusammenlegung von VHS und Musikschule, eine neue Konzeption für die Organisation und die Hauptamtlichkeit des Personals der Musikschule bis zu den Haushaltsplanberatungen im Fachausschuss und HFA vorzulegen. Ziel dieser Gesamtmaßnahme muss es sein, zu ei-

HFA/014/2006 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.
März 2006

ner deutlichen Kostenreduzierung im Bereich der städt. Musikschule zu kommen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

f) (GPA-Liste Punkt 84 – Reduzierung Zuschüsse Bäder)

Die Verwaltung wird aufgefordert, zusammen mit der GF der Stadtwerke-Holding und den dortigen Aufsichtsrat-Gremien, über die Kosten- und Ertragssituation der Bäder in Rheine Gespräche zu führen. Auch hier ist anzustreben, die Anregungen der GPA in die Gesamtüberlegungen der Rheiner Bäder einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

HFA/014/2006 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.
März 2006

Tonbandfundstelle: II/A/1110

5. Neubau einer Turnhalle an der Franziskusschule in Mesum
Vorlage: 117/06

Frau Ehrenberg verweist auf die Vorlage und auf die Synergien durch die offene Ganztagschule und den TV Mesum. Inzwischen liege der Verwaltung auch ein Beschluss der Schulkonferenz der Franziskusschule zur offenen Ganztagschule vor, dessen Start am 1. August 2006 oder ggf. am 1. August 2007 anvisiert sei. Der Schulausschuss werde morgen die entsprechenden Maßnahmen dem Rat empfehlen müssen, um die erforderliche Antragsfrist per 30. April 2006 einhalten zu können. Bis zu diesem Termin könnten noch Fördermittel aus dem Bundesprogramm beantragt werden.

Ferner weist Frau Ehrenberg darauf hin, dass sich zz. 29 Kinder in Mesum in der Betreuung von 08:00 bis 13:00 Uhr befinden würden. Nach Aussage des Schulleiters gehe dieser davon aus, dass eine Gruppe mit 25 Kindern für die offene Ganztagschule zustande kommen werde.

Die endgültige Verteilung der Betriebskosten für die Ganztagschule zwischen dem Schulträger und dem TV Mesum müsse nach Beschlussfassung noch vereinbart werden.

Herr Wilp erläutert die 15-jährige Geschichte über die Planung einer weiteren Sporthalle in Mesum und stellt dabei fest, dass die CDU-Fraktion nach der langen Planungsphase hinter diesem neuen Konzept stehe, das gemeinsam mit dem TV Mesum umgesetzt werden sollte. Als er am Freitag die Verwaltungsvorlage erhalten habe, sei er über den Beschlussvorschlag, der nur eine Kenntnisnahme vorsehe, sehr enttäuscht gewesen. Nach intensiver Beratung in der CDU-Fraktion wolle er daher in der heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses den folgenden Änderungsantrag stellen:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst folgenden Grundsatzbeschluss:

1. Die Stadt Rheine errichtet auf dem Gelände der Franziskusschule Rheine-Mesum eine Turnhalle in den Maßen 15 x 27 m, Höhe 5,5 m. Mit der Baumaßnahme ist noch im Jahre 2006 zu beginnen.
2. Die Turnhalle wird so gebaut, dass zugleich die Auflagen der Versammlungsstättenverordnung erfüllt werden.
3. Die Finanzierung wird mit dem Haushaltsplan 2006 und den Folgejahren entsprechend dem Baufortschritt sichergestellt.
4. Zur Mitfinanzierung der Turnhalle sind vom TV Mesum 1950 e. V. folgende finanzielle Leistungen zu erbringen:
 - a) Der TV Mesum zahlt 100.000,00 € in bar.
 - b) Der TV Mesum zahlt eine monatliche Nutzungspauschale von 1.500,00 € zur Refinanzierung eines Darlehens in Höhe von 300.000,00 €. Die Nut-

HFA/014/2006 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.
März 2006

zungspauschale wird für 25 Jahre vereinbart. Das Darlehen wird von der Stadt Rheine aufgenommen.

5. Die Franziskusschule und der TV Mesum sind Hauptnutzer der Turnhalle.
6. Einzelheiten der Vertragsgestaltung, der Nutzung, der Planung und Baubegleitung sind vor Baubeginn in einem Vertrag zwischen der Stadt Rheine und dem TV Mesum 1950 e. V. abzustimmen und verbindlich zu regeln.
7. Im Rahmen ihrer Zuständigkeit sind die Fachausschüsse (Sport-, Schul- und Bau- und Betriebsausschuss) an der Aufarbeitung der Details und der Umsetzung des Vorhabens zu beteiligen.

Herr Wilp stellt anschließend klar, dass es sich hierbei nicht um ein neues Projekt, sondern nur um einen neuen Standort für die Halle handele. Dieser habe gleichzeitig den Vorteil, dass die Kinder der Franziskusschule künftig nicht mehr zur Durchführung des Sportunterrichts zu einer anderen Sporthalle in Mesum fahren müssten. Bedingung für den Bau der Sporthalle sei allerdings die finanzielle Beteiligung des TV Mesum, die vor Baubeginn vertraglich sichergestellt werden müsse.

Es wäre gut gewesen, wenn die Verwaltung ebenso wie in diesem Fall für verschiedene andere Projekte in den letzten Wochen und Monaten eine entsprechende Folgekostenberechnung mit vorgelegt hätte. Er merkte zur Folgekostenberechnung für die Sporthalle an, dass hierin auch die Mittel für die offene Ganztagschule enthalten seien.

Herr Roscher weist darauf hin, dass der Haupt- und Finanzausschuss bei seiner heutigen Entscheidung von einer bestehenden Beschlusslage ausgehe, mit der bei ehrenamtlich Tätigen Erwartungshaltungen geweckt worden seien, die in der Vergangenheit mehrfach wieder hätten zurückgestellt werden müssen. Der neue Standort der Halle habe für Mesum einige Vorteile, die auch die Mehrkosten rechtfertigen würden. Es werde höchste Zeit, dass diese Halle endlich gebaut werde, um in Mesum unter akzeptablen Bedingungen Sport treiben zu können. Durch die offene Ganztagschule gebe es auch große Synergieeffekte zwischen dem Schulträger und dem TV Mesum. Von Vorteil sei auch der Bau der Halle in Form einer Mehrzweckhalle, sodass es künftig in Mesum die dringend erforderliche Versammlungsstätte geben werde.

Herr Roscher unterstützt die Auffassung von Herrn Wilp, dass eine Kenntnisnahme in der heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in dieser Angelegenheit nicht ausreiche. Insofern werde er den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion unterstützen.

Herr Holtel hält den Mut des TV Mesum für bewundernswert. Aufgrund der Erfahrungen, die die Stadt Rheine gerade in letzter Zeit mit einem anderen privat durchgeführten Projekt gemacht habe, stelle sich aber die Frage nach dem zu übernehmenden Risiko, das allerdings bei der Erweiterung der Don-Bosco-Turnhalle größer gewesen wäre, als bei dem jetzigen Alternativstandort der Halle an der Franziskusschule. Aufgrund des ehrenamtlichen Engagements der vielen Vereine in Rheine sei er jedoch gerne bereit, dem Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion zuzustimmen.

HFA/014/2006 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.
März 2006

Herr Ortel führt aus, dass er seinen Vorrednern, was die Sachdarstellung und die Notwendigkeit dieser Baumaßnahme angehe, durchaus zustimmen könne. Es handele sich hierbei um eine Maßnahme von hoher Priorität. Nur vom Verfahren her habe er erhebliche Bedenken, wobei er an die Diskussionen zum vorherigen Tagesordnungspunkt erinnert. Die CDU-Fraktion habe beklagt, dass die Finanzsituation der Stadt Rheine vollkommen undurchsichtig sei. Dennoch werde in diesem Mesumer Fall seitens der CDU-Fraktion ein Beschlussvorschlag formuliert, der bei ihm die Frage nach der Seriosität aufkommen lasse. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Außenwirkung des Beschlusses und die damit verbundenen Signale, denn auch andere würden seit Jahren auf eine Sporthalle warten. Insofern wäre es begrüßenswert gewesen, wenn heute seitens der CDU-Fraktion die Begründung für die Prioritätensetzung mitgegeben worden wäre.

Herr Mollen verweist auf die weit reichenden Konsequenzen des Beschlussvorschlages der CDU-Fraktion, denn bisher gebe es in Rheine nur städtische Sportstätten, die den Vereinen zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung stünden, oder es gebe vereinseigene Anlagen, die von den Vereinen selbst mit einer Investitionshilfe u. a. der Stadt errichtet worden seien und für deren Unterhaltung die Stadt Betriebskostenzuschüsse zahle. Mit diesem Modell in Mesum würde der bisher eingeschlagene Weg verlassen, denn der TV Mesum zahle einmalig einen Investitionsbetrag von 100.000,00 € und gehe zusätzlich eine Verpflichtung zur Zahlung von 1.500,00 € monatlich über 25 Jahre zur Refinanzierung eines für die Halle aufzunehmenden Darlehens ein. Eine zusätzliche Beteiligung des TV Mesum an den Betriebskosten sei daher aus seiner Sicht nicht mehr finanzierbar. Insofern sollte heute auch über die Folgekosten eine Entscheidung getroffen werden.

Im Übrigen sei die Konsequenz aus diesem „Mesumer Modell“, dass man sich in naher Zukunft zur Gleichbehandlung aller Sportvereine Gedanken über die Einführung einer Sportstättenbenutzungsgebühr machen müsse. Von daher sollte der finanzielle Aspekt zu Punkt 4 des CDU-Antrages nochmals im Fachausschuss beraten werden. Dabei müssten auch die Konsequenzen aus eventuell zu beschließenden Sportstättenbenutzungsgebühren im Hinblick auf die Bewertung des Ehrenamtes in Rheine bedacht werden. Insofern hätte er sich gewünscht, dass die Sportpolitik bei der Entscheidung über die Mesumer Sporthalle intensiver mit eingebunden worden wäre.

Herr Hemelt unterstützt die Ausführungen von Herrn Ortel und kritisiert den Beschlussvorschlag der CDU unter Berücksichtigung der Diskussion zum vorherigen Tagesordnungspunkt. Der Beschluss zur Errichtung einer Sporthalle in Mesum habe für die Stadt Rheine erhebliche finanzielle Auswirkungen. Da in 2 Wochen der Haushaltsplanentwurf eingebracht werde, wäre es seines Erachtens besser gewesen, eine Entscheidung hierzu in Kenntnis der Haushaltslage zu treffen. Der Bedarf sei sicherlich vorhanden, und auch die Würdigung des Ehrenamtes sei erforderlich, aber unter Beachtung der finanzwirtschaftlichen Verantwortung. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die in den letzten Wochen und Monaten gefassten Beschlüsse mit erheblichen finanziellen Auswirkungen für die Stadt. Ferner merkt Herr Hemelt kritisch an, dass man mit dem Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion auch die Euregio-Gesamtschule brüskiere, denn auch von dort werde schon seit 15 Jahren der Bedarf für eine Sporthalle angemeldet, und die

HFA/014/2006 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.
März 2006

Kinder der Schule müssten mit Bussen zu anderen Sporthallen transportiert werden, um dort Sportunterricht zu erhalten.

Davon abgesehen habe der Schulausschuss noch im Jahre 2005 die erste Priorität für den Bau einer Turnhalle an der Gesamtschule beschlossen. Für ihn stelle sich die Frage, was dieser Beschluss noch wert sei. Er werde jedenfalls dem Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion nicht zustimmen, zumal er auch nicht glaube, dass der Bedarf an einer offenen Ganztagschule an der Franziskusschule bestehe, was wiederum ein zusätzliches finanzielles Risiko der Stadt Rheine für den dortigen Sporthallenbau bedeute.

Herr Thum stellt fest, dass Politik auch etwas mit Vertrauen zu tun habe, und erinnert daran, dass auch die SPD-Fraktion in den vergangenen Jahren in Mesum immer wieder Bereitschaft signalisiert habe, sich für den Sporthallenbau in diesem Stadtteil einzusetzen. Insofern sei die Mehrheit der SPD-Fraktion auch heute vor Kenntnis des Haushaltsplanes bereit, dem Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion zuzustimmen.

Genauso stehe man aber auch gegenüber der Euregio-Gesamtschule im Wort, sodass man im Rahmen der Schulentwicklungsplanung über die Sporthalle an der Gesamtschule sprechen müsse, die sicherlich dabei in der Priorität ganz oben stehen werde.

Auf keinen Fall wolle man zum jetzigen Zeitpunkt die Diskussion über eine Sportstättenbenutzungsgebühr entfachen. Daher sollte aus dem Antrag der CDU-Fraktion das Wort „Nutzungspauschale“ ersetzt werden durch das Wort „Investitionspauschale“.

Frau Ehrenberg bezieht sich auf die Äußerung von Herrn Hemelt und weist nochmals auf den Beschluss der Schulkonferenz für eine offene Ganztagschule hin, sodass sie davon ausgehe, dass auch die entsprechenden Schülerzahlen vorliegen würden.

Abgesehen von der Anmerkung von Herrn Mollen werde sich der Sportausschuss ohnehin im November mit den Sportstättenbenutzungsgebühren auseinander setzen müssen.

Ferner weist Frau Ehrenberg darauf hin, dass die Trägerschaft für die offene Ganztagschule zz. nicht durch den TV Mesum vorgesehen sei. Von daher bitte sie den TV Mesum, sich schnellstens mit den entsprechenden Trägern abzusprechen, um dort zu einem gemeinsamen Modell zu kommen.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen
3 Stimmenthaltungen

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst folgenden Grundsatzbeschluss:

1. Die Stadt Rheine errichtet auf dem Gelände der Franziskusschule Rheine-Mesum eine Turnhalle in den Maßen 15 x 27 m, Höhe 5,5 m. Mit der Baumaßnahme ist noch im Jahre 2006 zu beginnen.

HFA/014/2006 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.
März 2006

2. Die Turnhalle wird so gebaut, dass zugleich die Auflagen der Versammlungsstättenverordnung erfüllt werden.
3. Die Finanzierung wird mit dem Haushaltsplan 2006 und den Folgejahren entsprechend dem Baufortschritt sichergestellt.
4. Zur Mitfinanzierung der Turnhalle sind vom TV Mesum 1950 e. V. folgende finanzielle Leistungen zu erbringen:
 - c) Der TV Mesum zahlt 100.000,00 € in bar.

HFA/014/2006 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.
März 2006

- d) Der TV Mesum zahlt eine monatliche Investitionspauschale von 1.500,00 € zur Refinanzierung eines Darlehens in Höhe von 300.000,00 €. Die Investitionspauschale wird für 25 Jahre vereinbart. Das Darlehen wird von der Stadt Rheine aufgenommen.
5. Die Franziskusschule und der TV Mesum sind Hauptnutzer der Turnhalle.
6. Einzelheiten der Vertragsgestaltung, der Nutzung, der Planung und Baubegleitung sind vor Baubeginn in einem Vertrag zwischen der Stadt Rheine und dem TV Mesum 1950 e. V. abzustimmen und verbindlich zu regeln.
7. Im Rahmen ihrer Zuständigkeit sind die Fachausschüsse (Sport-, Schul- und Bau- und Betriebsausschuss) an der Aufarbeitung der Details und der Umsetzung des Vorhabens zu beteiligen.

Tonbandfundstelle: II/B/1360

6. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

Es folgen keine Wortmeldungen.

Tonbandfundstelle: II/B/1395

**7. Übertragung der Fußball-Weltmeisterschaft 2006
Public-Viewing in Rheine**
• **Konzept**
Vorlage: 118/06

Frau Ehrenberg erläutert die Vorlage anhand einer PowerPoint-Präsentation, die als **Anlage 6** dieser Niederschrift beigelegt ist.

Beschluss:

Nachdem sich die Fraktionen positiv zum Konzept und für den sich daraus ergebenden Imagegewinn für die Stadt Rheine geäußert haben, nimmt der Haupt- und Finanzausschuss das Konzept zum Public-Viewing der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 auf dem Borneplatz zur Kenntnis.

Tonbandfundstelle: II/B/2190

8. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

Frau Dr. Kordfelder trägt den Inhalt des als **Anlage 7** beigelegten Vermerkes vor. Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschuss widersprechen den Verfahrensvorschlägen der Verwaltung nicht.

HFA/014/2006 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.
März 2006

Tonbandfundstelle: II/B/2248

9. Anfragen und Anregungen

9. a. Offene Ganztagsschule an der Johannesschule Mesum

Herr Hemelt bittet im Hinblick auf die morgige Sitzung des Schulausschusses und der Ratssitzung am 4. April 2006 zur Umwandlung der Franziskusschule zu einer offenen Ganztagsschule um Prüfung, ob ab dem Schuljahr 2006/2007 die Johannesschule mit 2 Gruppen entsprechend der Vorlage zur Sitzung des Schulausschusses am 1. Juni 2005 geplant sei oder ob nur eine 1-zügige Variante vorgesehen sei.

Ende des öffentlichen Teil:

19:55 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Theo Elfert
Stellv. Schriftführer